



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Zoll- und handelspolitische Aussichten

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

die Frage der Armee für uns alle eine nationale Frage erster Klasse sei, und nichts als eine nationale Frage.“

Der Mann war nicht nur ein großer Patriot, sondern auch ein wahrer Volksfreund; möchte recht bald bei uns allgemein erkannt werden, daß beide Bezeichnungen zusammenfallen.



Zoll- und handelspolitische Ausichten



ie ganze Einseitigkeit und Oberflächlichkeit, womit in einem großen Teile der Presse die Fragen des öffentlichen Lebens behandelt werden, hat sich wieder einmal bei der Beurteilung der Äußerungen gezeigt, die der Staatssekretär des Reichsschatzamts Graf von Posadowsky bei der Beratung des Quebrachzollens über die Revision des autonomen Zolltarifs, über die gegenwärtig durch die Handelsverträge geschaffne Lage und über die Zollabänderungen gethan hat, die wir nach Ablauf und Neuabschluß der Handelsverträge vorzunehmen in der Lage sein werden. Man hat sich zunächst aus diesen Äußerungen einen Gegensatz zwischen den handelspolitischen Anschauungen der Staatssekretäre des Reichsschatzamts und des Auswärtigen Amtes*) konstruiert, hat dann darin ein verheißungsvolles Eingehen auf die einseitigen agrarischen Forderungen der Konservativen erblicken zu dürfen geglaubt und daraus natürlich wieder einmal auf eine mangelnde Übereinstimmung unter den verschiedenen Ressorts der Reichsregierung geschlossen. Es mag ja sein, daß Graf Posadowsky in Sachen der Handelsvertragspolitik nicht ganz auf dem festen und entschiednen Standpunkte steht, wie sein Kollege im Auswärtigen Amte, daß er nicht so zu den unbedingten Verteidigern dieser Politik wie Freiherr von Marschall gehört. Aus den Äußerungen aber, die er bei der Beratung des Quebrachzollens über den Zolltarif und die Handelsverträge gethan hat, kann man solche Schlüsse nicht ziehen, ohne der Lage wie seinen Worten Gewalt anzuthun.

Werfen wir zunächst einen Blick auf die gegenwärtige Lage. Die

*) Dieser Aufsatz, der einen gelegentlichen Mitarbeiter dieser Zeitschrift im Südwesten unsers Vaterlandes zum Verfasser hat, ging uns zu, bevor Staatssekretär Freiherr von Marschall in der Reichstagsitzung vom 8. d. Mts. seinerseits Stellung zu den Auslassungen des Grafen von Posadowsky genommen hatte. Da unser Gewährsmann die wirtschaftspolitische Lage aber damals schon in völliger Übereinstimmung mit dem Staatssekretär des Auswärtigen beurteilte, so haben seine Ausführungen durch dessen Erklärung eher gewonnen als verloren. D. R.

Bismarcksche Wirtschaftspolitik vom Jahre 1879, die damals die heutigen Agrarier bekämpften, weil sie nur der Industrie Nutzen bringe, war geboten durch die internationale Zollpolitik, indem uns die fremden Staaten ihre Grenzen verschlossen, während wir ihrem wirtschaftlichen Ansturm preisgegeben waren. Der Schutz der nationalen Arbeit gegen die auswärtige Konkurrenz war das Hauptprinzip der Schutzzollpolitik des Fürsten Bismarck. Schon damals aber war kein Volkswirtschaftler von praktischem und über die unmittelbare Gegenwart hinausschauendem Blicke darüber in Zweifel, am wenigsten Fürst Bismarck selbst, daß die Schutzzollpolitik nicht nur Schutz und Waffe, sondern auch ein Ausgleichsmittel sein sollte, um mit den auswärtigen Staaten in ein gegenseitiges handelspolitisches Verhältnis treten zu können. Die ganze Schutzzollpolitik hätte nur einen sehr engbegrenzten und bedingten Wert gehabt, wenn sie nicht zugleich dem deutschen Reiche die zollpolitischen Mittel geboten hätte, mit den großen und für unser wirtschaftliches Leben bedeutenden Staaten des Auslandes in ein Handelsvertragsverhältnis zu treten, das zwischen den wirtschaftlichen Bedürfnissen der einzelnen Nationen einen Ausgleich zu schaffen vermochte. Die Welt stand schon damals viel zu sehr im Zeichen des Verkehrs, und keiner der einzelnen Staaten war so sehr und so vollständig mit den Bedingungen seiner wirtschaftlichen Existenz auf sich selbst gestellt, daß eine prohibitive Schutzzollpolitik durchführbar gewesen wäre, ohne zugleich die Interessen des eignen Landes aufs empfindlichste zu schädigen. Das ist, wie gesagt, schon damals von allen weiter schauenden eingesehen, vom Fürsten Bismarck zugegeben und auch von uns seinerzeit als das allein richtige Prinzip vertreten worden.

Nun wurde schon damals selbst von Freunden einer maßvollen Schutzzollpolitik gegen den Zolltarif der Vorwurf erhoben, daß er in seiner praktischen Anwendung nicht überall den thatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen genügend angepaßt, und daß namentlich nicht überall Rücksicht genug auf die Rohprodukte und Halbprodukte genommen worden sei, deren die deutsche Industrie und das deutsche Gewerbe zur Verarbeitung bedurften. Das konnte auch beim besten Willen, die nationale Arbeit zu schützen, und bei der sorgfältigsten Prüfung aller einzelnen Positionen gar nicht anders sein. Denn die wirtschaftlichen Beziehungen der Völker sind so feiner, so vielfältiger und verwickelter Art, daß selbst der beste Zolltarif, insofern er nicht eben eine lediglich prohibitive Wirkung üben oder lediglich als Finanzquelle dienen soll, erst praktisch erprobt werden muß. Im Laufe seiner praktischen Wirksamkeit sind denn auch an dem Zolltarif von 1879 verschiedene Änderungen vorgenommen worden, um auszugleichen und den Ansprüchen und Bedürfnissen des Handels wie der Industrie und der Landwirtschaft mehr als bisher gerecht zu werden, und noch immer treten im praktischen Verkehr neue Bedürfnisse hervor.

Liegen so die Verhältnisse schon bei dem Zolltarif, so stellen sie sich noch um vieles verwickelter für Handelsverträge dar, die den Bedürfnissen und wirtschaftlichen Bedingungen mehrerer Nationen zugleich gerecht werden sollen. Hier gilt es, eine ganze lange Stala sich widersprechender wirtschaftlicher Bedingungen so gegeneinander abzuwägen, abzustimmen und auszugleichen, daß durch den Vertrag thatsächlich ein harmonischer Ausgleich geschaffen, kein Interesse einer der vertragsschließenden Mächte ungebührlich verletzt, kein berechtigtes Bedürfnis unbefriedigt und keine zuständige Forderung unerfüllt gelassen wird. Daß solch ein subtiler Ausgleich nicht allein vom grünen Tische aus getroffen, sondern ein alle beteiligten Teile soweit wie möglich befriedigendes Vertragsverhältnis nur aus der praktischen Handhabung der Handelsverträge heraus geschaffen werden kann, liegt auf der Hand. Erst auf Grund der praktischen Erfahrungen wird es daher im Laufe der Zeit möglich sein, einen alle Teile möglichst befriedigenden Ausgleich zwischen den widerstreitenden internationalen Interessen und denen des eignen Landes zu stande zu bringen.

Daher können und dürfen Zolltarife wie Handelsverträge nicht für alle Zeiten festgesetzt werden, beide können nur für eine bestimmte Zeit beschloffen werden, für die sie allerdings stabil sein müssen, in der aber durch sorgfältige Beobachtung aller Wirkungen festgestellt werden muß, wo sich eine Abänderung des Bestehenden als notwendig erweist. Daher kann aber auch immer nur auf Abänderung innerhalb der festgesetzten Grenzen plaidirt, darf nicht fortgesetzt an den Verträgen gerüttelt werden. Es zeugt von dem großen Mangel an politischer Reife und an staatsmännischem Sinn in unsern Parteien der Rechten wie der Linken, daß es bei uns möglich war, die Tarife wie die Verträge vom ersten Augenblick an aufs erbittertste zu bekämpfen, daß man die Handelsverträge zu stürzen suchte, obwohl sie schon in Geltung getreten waren. Die Interessenpolitik ist eben stärker als die Anerkennung und die Achtung vor den konstitutionellen Einrichtungen; die will jede Partei nur dann gelten lassen, wenn es ihrem eignen Kirchturmsinteresse nützt. Eine betäubende Erfahrung, die wir auf jedem Gebiete des öffentlichen Lebens sich nur zu oft wiederholen sehen.

Es ist nun gänzlich unverständlich, wie es möglich gewesen ist, aus den Worten des Staatssekretärs des Reichsschatzamts eine Zustimmung der Reichsregierung zu den erbitterten Kämpfen gegen die Handelsvertragspolitik zu hören, aus diesen Worten auf eine „Bekehrung der Reichsregierung zur wirtschaftlichen Weltanschauung der Agrarier“ zu schließen und daraus einen Gegensatz zwischen dem Grafen Posadowsky und dem Freiherrn von Marschall herzuleiten. Im Gegenteil, man schafft wohl, indem man die Erklärung des Staatssekretärs derart vergewaltigt, künstlich solch einen Gegensatz, erschüttert mit Unrecht das internationale Vertrauen auf die Vertragstreue der Reichsregierung und schädigt

dadurch die Wirkungsfähigkeit der Handelsverträge. Ebenso ungerecht ist der andre Vorwurf, daß Graf Posadowsky seine Erklärung ohne zwingende Ursache, wie von der Linken behauptet wird, abgegeben habe. Aus unsrer Schilderung der wirtschaftspolitischen Lage geht schon hervor, wie zwingend die Ursachen waren, die den Staatssekretär zu solch einer Erklärung veranlaßten, ganz abgesehen davon, daß der Abgeordnete Freiherr von Stumm sie geradezu herausgefordert hatte. Hüben und drüben tobt fortgesetzt der Kampf für Erhöhung dieser, für Beseitigung jener Zölle, für und gegen die Handelsverträge, ganz ohne Rücksicht darauf, daß nach Lage der Dinge bis zum Jahre 1904 an den Verträgen überhaupt nichts geändert werden kann.

Was hat denn nun der Staatssekretär des Reichsschatzamts erklärt? Er sagt, nach dem amtlichen stenographischen Berichte, zunächst über den Zoll auf überseeische Gerbstoffe, daß diese Frage zur Zeit nicht gelöst werden könne, weil uns dazu durch die Handelsverträge die Hände gebunden seien, daß sie aber, sobald wir die Arme frei haben, d. h. nach Ablauf der Handelsverträge, einer sehr ernstlichen und eingehenden Erwägung unterzogen werden sollen. Er setzt ferner bestimmt voraus, daß wir 1904 neue Handelsverträge abschließen werden, und macht dazu die Bemerkung, die — nach dem, was wir anfangs ausgeführt haben — selbstverständlich ist, daß diese neuen Handelsverträge nicht einfach die Abschrift der bisherigen sein werden, und zwar nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch vor allem aus rein zolltechnischen Gründen. Man kann sich eigentlich nicht genauer, nicht klarer und unzweideutiger, nicht bestimmter die Stellung der Reichsregierung bezeichnend ausdrücken. Hätten sich unsre Parteien und unsre Presse auch nur ein wenig die Freiheit objektiver Auffassung und sachlichen Urteils bewahrt, so müßten sie, auf welcher Seite sie auch stünden, dem Redner unbedingt zustimmen, müßte seine Erklärung, anstatt den Kampf um die Zoll- und Handelsvertragspolitik von neuem zu entfachen, sie zum Schweigen gebracht haben. Die Freunde und die Gegner der Verträge wie ihrer einzelnen Bestimmungen müßten sich sagen, daß es darnach auch für sie Pflicht sei, abzuwarten bis zum Ablauf der bestehenden Verträge; die Gegner müßten, aus Achtung vor den konstitutionellen Einrichtungen des Reichs, zu denen doch auch das Parlament gehört, ihre Miniarbeit einstellen, wie sie es allerdings schon nach den frühern Auseinandersetzungen des Staatssekretärs von Marschall gemußt hätten.

Graf Posadowsky sprach sich dann weiter über den autonomen Tarif aus, und zwar auch hier wieder an der Hand der gegebenen wirtschaftlichen Verhältnisse. Mit Recht bezeichnete er es als einen Mangel unsers autonomen Tarifs, daß er im Verhältnis zu denen anderer Staaten nicht gehörig spezifiziert sei in seinen einzelnen Positionen. Infolgedessen würden für uns Handelsvertragsverhandlungen mit Staaten, die einen sehr spezifizierten Tarif haben, durch einen solchen Tarif, der große Gruppen zusammenfasse, jedenfalls nicht er-

leichtert werden. Gewiß nicht, und was noch schlimmer ist, eine sorgfältige Abwägung der Interessen und ein Ausgleich der Interessengegenätze ist bei diesem Mißstande nicht möglich. Deshalb bezeichnet es der Staatssekretär als notwendig, als Grundlage für den Abschluß neuer Handelsverträge — der also auch hier wieder als unbedingt bevorstehend angenommen wird — vor allen Dingen einen viel spezifisirenden neuen autonomen Tarif aufzustellen. Er setzt hinzu, daß an dieser außerordentlich schwierigen Arbeit im Reichsschatzamt schon flüchtig gearbeitet, und daß — was sehr wichtig und beachtenswert ist — zu diesem Behuf über die einzelnen Positionen gruppenweise mit den Interessenten selbst verhandelt werde, um auf diese Weise eine Grundlage aus den Zugeständnissen der beteiligten Kreise heraus zu gewinnen.

Was ergibt sich nun aus dieser Erklärung für die Zukunft unsrer Zoll- und Handelspolitik? Doch nichts andres, als was die Erklärung selbst klar und unzweideutig sagt, nämlich daß an der Wirtschaftspolitik von 1879 ebenso wie an der Handelsvertragspolitik, was das deutsche Reich betrifft, festgehalten werden soll, daß aber für die Erneuerung der Handelsverträge die allgemeinen und besondern Klagen und Beschwerden, die über Zolltarif und Handelsverträge bisher laut geworden sind, und die Übelstände, die sich gezeigt haben, gründlich geprüft und, so weit möglich, die Ursachen der Übelstände beseitigt werden sollen. Der autonome Zolltarif soll einer gründlichen Durchsicht und in Verbindung mit den beteiligten Kreisen Ergänzungen und Verbesserungen unterzogen werden, damit für den Abschluß neuer Handelsverträge eine bessere Grundlage und brauchbarere Tarifierung gewonnen werden. Jeder Partei im Reiche muß daran liegen, daß das in ausgiebigster Weise geschieht, und jede Interessengruppe der industriellen, Handels- und landwirtschaftlichen Kreise müßte es mit Freuden begrüßen, daß in den neuen Handelsverträgen nicht nur ihre eignen, sondern auch die Interessen der andern Gruppen möglichst Berücksichtigung finden sollen. Denn nur auf Grund des Ausgleichs aller Interessen kann das allgemeine Wohl gedeihen. Wenn dabei auch die landwirtschaftlichen Interessen, soweit es das Allgemeinwohl zuläßt, die gebührende Berücksichtigung finden, so heißt das durchaus noch nicht agrarische Wirtschaftspolitik treiben; es ist vielmehr ein Ziel, das aufs innigste zu wünschen wäre, daß auch die landwirtschaftlichen Interessen durch unsre Wirtschaftspolitik Förderung fänden. Denn es ist falsch, wenn man von liberaler Seite jede Fürsorge für das Gedeihen der Landwirtschaft als Agrarpolitik vor der Öffentlichkeit denunziert, ebenso wie es falsch ist, daß man sich auf agrarischer Seite geberdet, als wären die landwirtschaftlichen Interessen die einzigen, die staatlicher Förderung und Unterstützung bedürften. Denn die Frage ist nicht: Industrie- oder Agrarstaat? sondern der moderne Staat kann mit seiner Wirtschaftspolitik nur das eine verfolgen: die Förderung aller Interessen aller wirtschaftlichen Zweige, soweit das in seinen

Kräften steht, weil das Wohl und Gedeihen der Nation von dem aller seiner Angehörigen abhängt. Als Schlußfolgerung aber ergibt sich, daß sich nach der Erklärung des Schatzsekretärs die Parteien nun endlich beruhigen, aber auch die Reichsregierung nach Kräften bei ihrem Bestreben unterstützen sollten, für den Abschluß neuer Handelsverträge eine brauchbare Grundlage durch einen verbesserten und den wirtschaftlichen Verhältnissen mehr angepaßten Zolltarif zu schaffen. Nur in solcher freien Zusammenarbeit aller wirtschaftlichen Gruppen und aller politischen Parteien, die auch den andern gönnt, was ihnen frommt, liegt das Heil der Zukunft. Dieses Ziel allen klar vor Augen zu stellen, war nach unsrer Meinung Zweck und Inhalt der Erklärungen des Staatssekretärs des Reichsschatzamts.



Zur Kritik des Marxismus

Von Carl Jentsch

(Schluß)



Das Büchlein von Lorenz ist eine gute Widerlegung des Marxismus in dem, worin er falsch ist, in seiner Einseitigkeit. Auch die Hauptbestandteile dieser sozialdemokratischen Dogmatik werden darin richtig angegeben: sie enthält: „französischen Materialismus, deutsche Dialektik, englische Wirklichkeit.“ Das dritte habe ich unzähligemal hervorgehoben und u. a. vor vier Jahren gesagt, es lasse sich ganz genau angeben, wie weit Marx Recht habe: er habe Recht für England bis zum Jahre 1850. Natürlich hat er dann auch weiter Recht, so oft irgendwo ähnliche Zustände eintreten. Am Schlusse behandelt Lorenz die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie in strenge Marxisten und in Praktiker. Er glaubt nicht, daß der linke Flügel siegen werde, weil es die Massen auf die Dauer bei einer Partei nicht aushalten könnten, die jede gründliche Besserung der Lage innerhalb der bestehenden Wirtschaftsordnung verneint und auf den großen Kladderadatsch vertröstet, der je länger in desto weitere Ferne rückt. Aber auch die Praktiker, die mit Gewerksvereinen, Agrarreformen und dergleichen eine Besserung auf dem Boden der bestehenden Ordnung anstreben, hätten wenig Aussicht, weil ihnen das abgehe, was die Seele einer großen Partei ausmache, eine geschlossene Weltanschauung; daß die Marxisten eine solche haben und fanatisch daran glauben, mache bei aller sonstigen Schwäche ihre Stärke aus.